

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/388

"Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/388 vom 06.02.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 07.02.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1519 des WI vom 12.03.2024
4. Beschluss des Plenums 19/1833 vom 17.04.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 17.04.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Johannes Meier, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur Rettung des bayerischen Chemiedreiecks auf Landesebene folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Schaffung der Sonderwirtschaftszone (SWZ) „Bayerisches Chemiedreieck“ im Landkreis Altötting, wobei der Freistaat jährliche Ausgleichszahlungen den teilnehmenden Gemeinden der SWZ leistet, die es ihnen ermöglichen, ihre kommunalen Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer zu senken.
- Die Übernahme der Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)-Umlage und der Offshore-Netzumlage für energieintensive Unternehmen durch den Freistaat – entweder insgesamt in Bayern oder nur für energieintensive Unternehmen, die in der o. g. SWZ angesiedelt sind.
- Die Stimulierung des Baus eines neuen Gaskraftwerks im Landkreis Altötting mit einer Mindestleistung von 150 MW mithilfe verschiedener Fördermaßnahmen, darunter: ein Investitionszuschuss, eine beschleunigte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), eine vereinfachte Raumplanung und ähnliches.
- Eine (temporäre) Aufhebung der Genehmigung für den Rückbau (Abbau) des Kernkraftwerks (KKW) Isar II gemäß § 7 Abs. 3 Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (AtG).

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, sich auf Bundesebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Die Abschaffung der CO₂-Abgabe auf fossile Energieträger.
- Die Senkung der Energiesteuersätze auf das EU-Minimum.
- Die sofortige Gewährung einer sicheren und preiswerten Versorgung mit Erdgas von in- und ausländischen Lieferanten unabhängig von politischen Differenzen.
- Die Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Erdgas auf das EU-Minimum.
- Den Wiedereinstieg in die sichere und günstige Kernkraft, darunter die Reaktivierung des KKW Isar II.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich auf EU-Ebene für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Den Ausstieg Deutschlands aus dem CO₂-Zertifikatehandelssystem der EU.
- Eine Garantie für Unternehmen und Investoren, dass es nicht zu dem geplanten radikalen Verbot von Per- und polyflourierten Chemikalien (PFAS) in der EU kommen wird.

- Die sofortige Aufhebung von EU-Sanktionen auf die Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten, die für die deutsche Chemieindustrie von Bedeutung sind.

Begründung:

Mit über 40 000 direkt und indirekt Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 10 Mrd. Euro ist das bayerische Chemiedreieck nicht nur der zweitgrößte Chemiestandort Deutschlands und eine weltweit geschätzte Schlüsselregion der chemischen Industrie, sondern auch ein strukturell wichtiger Arbeitgeber, Wohlstands- und Innovationsfaktor in Südstbayern.

Derzeit verbrauchen die dort angesiedelten energieintensiven Unternehmen 5 TWh Strom pro Jahr (über 6 Prozent des gesamten Stromverbrauchs von Bayern) und insgesamt 9 TWh Energie. Jedoch sind aufgrund der Energiewende Strom und Erdgas für die deutsche Chemieindustrie und insbesondere für das bayerische Chemiedreieck sowohl sehr teuer als auch knapp geworden. Zwischen 2018 und 2024 ist der Strompreis für die deutsche Industrie um fast 40 Prozent von 18 auf 24 Cent pro kWh gestiegen. Zwischen 2019 und 2022 steigt der Gaspreis für große Industriekunden um das 4,5-fache von 2,5 Cent auf 11,3 Cent pro kWh. Ohne die CO₂-Abgabe wäre dieser 11 Prozent (1,2 Cent pro kWh) günstiger.

Um den massiven Energiebedarf des bayerischen Chemiedreiecks unter den immensen Zwängen der Energiewende zu decken, kam die Staatsregierung auf die aus unserer Sicht abseitige Idee, den Bau eines großen Windparks im Landkreis Altötting zu fördern. Dabei soll ein Viertel der Altöttinger Staatsforsten mit einer Fläche von über 6 700 Fußballfeldern (!) gerodet werden, um Platz für 40 gigantische Windindustrieanlagen mit ihren massiven Betonfundamenten zu schaffen. Das gesamte Projekt hätte massiv staatlich subventioniert werden müssen, dabei hätte der Windpark höchstens 10 Prozent des benötigten Strombedarfs decken können – bei einer lokalen Windgüte von maximal 55 Prozent auf 200 m Höhe. Bei durchschnittlichen 1 800 Betriebsstunden im Jahr betragen die H2-Wiedereinspeisungskosten ca. 45 Cent pro kWh – mehr als dreimal so viel wie der derzeitig hohe Erdgaspreis mit CO₂-Bepreisung.

Erfreulicherweise stimmte am 28. Januar 2024 eine deutliche Mehrheit der Bürger von Mehring im Landkreis Altötting gegen den Bau dieser gigantischen, aus unserer Sicht industriefeindlichen, umweltschädlichen und extrem teuren Windpark-Phantasie. Auch wenn die Staatsregierung das nicht möchte – sie muss den Willen des Volkssouveräns respektieren!

Um das bayerische Chemiedreieck mit günstigem Strom und Gas zu versorgen, muss sich die Staatsregierung auf allen Ebenen dafür einsetzen, die Energiewende endlich zu beenden, Steuern und Abgaben auf Energieträger drastisch zu senken und zu einem grundlastfähigen und steuerbaren technologieoffenen Energiemix zurückzukehren.

Die Gewährleistung der Standortsicherheit der deutschen chemischen Industrie erfordert zusätzlich eine staatliche Zusage, dass das von der Europäischen Union vorgesehene Verbot von PFAS endgültig ausgeschlossen ist.

Dank des anhaltenden politischen Drucks durch die AfD war die Bundesregierung gezwungen, die Forderung der AfD nach einer Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum teilweise zu erfüllen. Diese Senkung muss jedoch auf alle gewerblichen Kunden ausgeweitet werden und ist sowieso nur ein kleiner Schritt aus dem von der AfD geforderten Steuersenkungs- und Entlastungspaket für die deutsche Wirtschaft.

Darüber hinaus sollte die Staatsregierung angesichts der fortschreitenden Deindustrialisierung, der Energiekrise, der rekordhohen Inflation sowie der Steuer- und Bürokratiebelastung die Machbarkeit der Schaffung einer Sonderwirtschaftszone „Bayerisches Chemiedreieck“ prüfen, die mit verschiedenen Sonderregelungen, Ausnahmen und Vergünstigungen ausgestattet ist. Dies wäre nach den neuesten EU-Beihilferichtlinien rechtlich umsetzbar. Zudem hat der Europäische Gerichtshof mit seinem Urteil vom 24. Januar 2024 festgestellt dass die KWKG-Förderung keine staatliche Beihilfe darstellt.

Die o. g. Mehrausgaben des Freistaates können durch Minderausgaben für die Energiewende, das Klimanarrativ, die Asylindustrie etc. in Höhe von 2,6 Mrd. Euro finanziert werden. Einnahmesenkungen auf Bundesebene können in ähnlicher Weise in Höhe von 100 Mrd. Euro gegenfinanziert werden.

zusammenarbeiten wolle. Ich bin auch nicht im Bundestag. Von daher ist Ihre Frage völlig abwegig.

Zweitens. Ich möchte nur zur Klarstellung darauf hinweisen, dass sich das Paket, das die Bayerische Staatsregierung beschlossen hat, nicht nur mit der Frage der Rückführungen beschäftigt, sondern auch darauf ausgerichtet ist, die illegale Migration zu reduzieren. Wir tun uns nämlich erheblich leichter, wenn bestimmte Leute erst gar nicht ins Land kommen. Dann müssen wir sie nämlich nicht nach einem Verfahren wieder außer Landes bringen. Auch das ist ein Teil dieses Maßnahmenpaketes.

Die Umsetzung begann damit, dass wir zu den wesentlichen Punkten Anträge in den Bundesrat eingebracht haben. Diese Anträge können Sie bereits auf der Tagesordnung des Bundesrates finden. Was wir selbst in Bayern tun können, das tun wir bereits. Wir brauchen aber bei einer Reihe von Themen – ich habe das Land Tunesien angesprochen – Entscheidungen auf Bundesebene. Deshalb haben wir erneut eine ganze Reihe von Anträgen in den Bundesrat eingebracht. Wir hoffen, dass diese Anträge Unterstützung finden werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/385 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen des Hohen Hauses. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/386 mit 19/388 und 19/397 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 16:33 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/388

Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Rainer Ludwig**

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am 29. Februar 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
- Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 6. Sitzung am 12. März 2024 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Johannes Meier, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/388, 19/1519

Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über die Listennummer 5 der Anlage zur Tagesordnung, den Antrag von Abgeordneten der SPD betreffend "Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten für bayerische Kita- und Schulkinder", Drucksache 19/392, gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass im Satz 1 die Wörter "zu prüfen" durch die Wörter "dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten" ersetzt werden.

Wer dem Antrag auf Drucksache 19/392 mit der empfohlenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dem Antrag in der geänderten Fassung zugestimmt worden.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Queerfeindliche Sexaulklärung an bayerischen Schulen beenden!
Drs. 19/353, 19/1515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alternativstandorte für die Erstaufnahme von Geflüchteten in Oberfranken
Drs. 19/354, 19/1516 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Statt unausgegorener Ankündigungen –
Angebot des Vorkurses „Deutsch 240“ sichern
Drs. 19/374, 19/1524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bürgerwillen respektieren: Nein zum Windpark in Altötting, stattdessen Entlastung und günstige Energie für das bayerische Chemiedreieck!
Drs. 19/388, 19/1519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kostenloses Mittagessen: Von bayerischen Landwirten
für bayerische Kita- und Schulkinder
Drs. 19/392, 19/1527 (ENTH)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! –
Staatsregierung muss sofort handeln
Drs. 19/416, 19/1517 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag des Abgeordneten Bernhard Seidenath CSU
Rasenschnitt künftig in NaWaRo-Biogasanlagen verwerten
Drs. 19/470, 19/1520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Reale Welt erleben statt digitale Isolation –
Mediennutzung in Kindertagesstätten reduzieren
Drs. 19/483, 19/1525 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Oskar Lipp,
Ralf Stadler und Fraktion (AfD)
Kosten für Tierwohl gerecht verteilen
Drs. 19/485, 19/1528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine flächendeckende und zuverlässige Versorgung
mit Telefon und schnellem Internet!
Drs. 19/493, 19/1521 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)
Leistung muss sich wieder lohnen: Überstunden von der Einkommensteuer befreien und „kalte Progression“ abschaffen!
Drs. 19/494, 19/1514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen – Maßnahmen zum Schutz von Frauen unverzüglich umsetzen
Drs. 19/496, 19/1526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Handwerk stärken – Mittelstand fördern: Fördermaßnahmen in Umbruchzeiten
Drs. 19/498, 19/1522 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antrag auf Anhörung zur Beschleunigung der Energiewende im Strombereich
Drs. 19/499, 19/1523 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
Drs. 19/725, 19/1518 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------